

Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung der Gemeinde Neukirch/Lausitz (Abwassersatzung)

Aufgrund von § 63 Abs. 2 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) und der §§ 4, 14 und 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in Verbindung mit den §§ 2, 9, 17 und 33 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Neukirch/Lausitz in seiner Sitzung am 27.11.2008 im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Globalberechnung folgende Satzung zur Änderung der Abwassersatzung beschlossen:

Artikel 1

§ 1 Absatz 1 der Abwassersatzung erhält folgende Fassung:

(1) Die Gemeinde Neukirch/Lausitz (nachfolgend Gemeinde genannt) betreibt die Beseitigung des in ihrem Gebiet anfallenden Abwassers als eine einheitliche öffentliche Einrichtung (aufgabenbezogene Einheitseinrichtung) mit den Teilleistungen

1. zentrale Schmutzwasserbeseitigung (Lageplan 1 und 2 vom 03.11.2008)
2. zentrale Niederschlagswasserbeseitigung (Lageplan 3 und 4 vom 03.11.2008)
3. dezentrale Abwasserbeseitigung im übrigen Gemeindegebiet.

Artikel 2

§ 26 der Abwassersatzung erhält folgende Fassung:

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten die hier geänderten Regelungen der bisher geltenden Abwassersatzung außer Kraft.

Neukirch, den 28.11.2008 Gottfried Krause, Bürgermeister

Hinweis:

Gemäß § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) gilt:
"Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.
Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 oder 3 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Die Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolge hingewiesen worden ist."

Veröffentlicht am 13.12.2008 im Mitteilungsblatt